

# Tägliche Omaha Tribune

TRIBUNE PUBLISHING CO.—VAL J. PETER, President.

Preis des Tagesblatts: Durch den Träger, per Woche 1 1/2 Cents; durch die Post, bei Vorausbezahlung, per Jahr \$6.00; sechs Monate \$3.00; drei Monate \$1.50.

Preis des Wochenblatts bei Vorausbezahlung \$2.00 das Jahr.

1207-1209 Howard Str. Telephone: TYLER 440. Omaha, Nebraska.

Des Moines, Ia., Branch Office: 407-6th Ave.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Omaha, Neb., Samstag, den 8. März 1919.

## Die Krise in Deutschland

In Deutschland scheinen die Verhältnisse einer Krise zuzutreiben. Der wahrscheinliche Hauptgrund für die Unruhe dürfte die absolute Hoffnungslosigkeit hinsichtlich der äußeren politischen Lage und vor allem der leeren Kassen sein. Als der deutsche Widerstand im November vorigen Jahres zusammenbrach, da gab man sich im deutschen Volke der stillen Hoffnung hin, daß das Hungerleiden nun sein Ende erreicht habe, daß die Entente sofort bereit sein werde, Lebensmittel in das erschöpfte Feindesland zu senden. Diese Hoffnung stützte sich allgemein auf Anschauungen der Humanität und im Besonderen auch auf Auslassungen gewisser Ententezeitungen vor dem Abschluß des Waffenstillstandes, wonach es nicht die Geflochtenheit ritterlicher Sieger sei, den am Boden liegenden Feind, nachdem er sich dem Gegner auf Gnade und Ungnade ausgeliefert habe, zu quälen. Inzwischen sind vier Monate seit der tatsächlichen Einstellung der Feindseligkeiten vergangen und die Hoffnungen des deutschen Volkes auf baldige Aufhebung der blockade oder wenigstens auf ausreichende Versorgung mit den notwendigen Nahrungsmitteln haben sich nicht erfüllt. Die Friedensbedingungen, die ihm auferlegt werden sollen, sind, soweit aus den diplomatischen Besprechungen in Paris in die Öffentlichkeit gedrungen ist, überaus schwer, so schwer, daß in Deutschland und auch in Österreich allgemeine Niedergeschlagenheit, Hoffnungslosigkeit und infolge davon ein gewisses Gefühl der Würdigkeitskränkung vorhanden ist, die dem immer häufiger sein Haupt erhebenden Bolschewismus den Boden vorbereiten.

Das ist eine so natürliche Erscheinung, daß man sich nur darüber wundern muß, daß sie aus allen Teilen der Welt an dem Seine zusammengekommenen Staatsmännern nie nicht voraussehen konnten. Jetzt freilich sind sie über die Gefahr klar geworden, und es brennt ihnen nun unter den Nägeln, endlich den Frieden abzuschießen. Es hätte schon längst geschehen sollen; und wenn sie noch lange zögern, so kann es sich leicht ereignen, daß sie, wenn sie so weit sind, keine deutsche Regierung mehr vorfinden, mit der sie einen Vertrag abschließen können. Eine ist somit notwendig. Selbst die Engländer, schreibt die „Chicago Abendpost“, haben dies neuerdings eingesehen und treiben zum Friedensschluß hin, den sie sich vor kurzer Zeit hätten gern hinausgeschoben mögen, um inwiefern die verhasste Konkurrenz Deutschlands im Weltmarkt womöglich noch gründlicher zu zerstören. Jetzt erscheint ihnen die Gefahr erneuter deutscher Konkurrenz gerinner als die des Bolschewismus. Ob es möglich ist wird, die Unruhe und Unzufriedenheit mit den Lebensverhältnissen, die das deutsche Volk gegenwärtig den Bolschewisten in die Arme treibt, noch rechtzeitig zu beseitigen, ist zum Mindesten fraglich. Das Uebel mag schon zu weit Wurzel gefaßt haben, als daß es sich durch bloße Versorgung mit Nahrungsmitteln und durch irgend einen Friedensschluß aus der Welt schaffen ließe. Ein Frieden, der das heftigste Volk jahrzehntelang in tatsächlicher oder auch nur mittelbarer Knechtschaft hält, kann nicht von Dauer sein. Denn er muß notwendigermaßen soziale und wirtschaftliche Verhältnisse bei den Unterdrückten schaffen, die den Keim der Unruhe und neuer Kriege in sich tragen. Der Bolschewismus hätte sich vermutlich ohne allzu große Mühe auf den russischen Osten beschränken lassen, wenn dem Westfrontkriege im November ein baldiger Friede gefolgt wäre. Denn hätte heute die bürgerliche Republik in Berlin und in den übrigen deutschen Hauptstädten fest im Sattel. Wie das politische Schicksal Deutschlands sich unter den nunmehrigen Verhältnissen im Laufe der Zeit gestalten wird kann niemand voraussagen. Wäre man in der Weltgeschichte auf ähnliche Epochen in Leben der Völker zurück, so drängt sich einem unwillkürlich der Gedanke an eine mögliche Diktatur auf. Führt sich ein Führer, der das Volk in seiner Mehrheit mit sich fortzieht, der ihm das nötige Vertrauen zu seiner Stärke einflößt, so sollte es ihm heute nicht schwer fallen, sich an die Spitze zu setzen und eine Gewalt Herrschaft aufzurichten. Denn die gegenwärtige Unruhe und gefühlvolle Zeit wird man in Deutschland bald über haben. Werden die Wahlen zur Nationalversammlung heute noch einmal wiederholt, so würde das Ergebnis, das kann man sicher sein, anders ausfallen als das der Nationalversammlung. Gewinner würden die Unabhängigen Sozialisten und die Zentrumspartei sein, Verlierer die Mehrheitssozialisten und die Demokraten, da diesen vielfach die Verantwortung für das Lohnwagnis zugeschoben wird, während man sich weismütig der Zeiten erinnert, wo man zwar nicht „frei“ war, dafür sich aber einer größeren Sicherheit der Person und des Eigentums erfreute als jetzt. Der knurrende Magen und die Unzufriedenheit über die Zukunft sind die Lotengarnen der deutschen Demokratie. Soll diese Siegerin bleiben in Bürgerkriege, so wird man ihre Lebensbedingungen schaffen müssen, bevor es zu spät ist.

## Was will Lodge?

Während das ganze Land anscheinend bereit ist, die Verfassung der Liga der Nationen in ihrer gegenwärtigen Gestalt gutzuheißen, erklärt Senator Lodge von Massachusetts, daß der Senat sie nicht ratifizieren werde. Der Versuch, einen gegen dieses Abkommen gerichteten Beschluß vor das hohe Haus zu bringen, schlug zwar fehl; Lodge erklärte darauf, im kommenden Senate werde er in der Lage sein, seiner Ansicht und der von 36 anderen Senatoren geltend zu machen.

Lodge wachte natürlich im Voraus, daß es ein hoffnungsloses Beginnen sei, eine solche Revolution zu unterbreiten; ihm war es dabei auch nur um einen Schachzug zu tun, dessen Bedeutung weiten Kreisen unteres Volkes erst nach und nach bekannt werden dürfte. Weil es ihm um Material für die nächste Präsidentschaftskampagne zu tun ist, will er die Tatsache feststellen, daß die seiner Ansicht nach unannehmbare Verfassung der Liga der Nationen von dem demokratischen Senat mit Haut und Haar verstoßen worden wäre, widerstandlos, weil der Präsident, als Parteiführer, das so genehmigt hätte. Die Republikaner aber hätten sich als Kletter des Vaterlandes erwiesen, indem sie dem Abkommen, das die Vereinigten Staaten in den Dienst Europas zu stellen berufen schien, opponierten, d. h. eine wahrhaft amerikanische Politik betrieben haben.

Die von Lodge unterbreitete Resolution ist sehr geschickt abgefaßt. Sie erklärt sich ausdrücklich zu Gunsten eines Bölkerbundes und der allgemeinen Entschlossenheit; nur die jüngst unterbreitete Verfassung sei unannehmbare. Damit wird einmal jenen der Wind aus den Segeln genommen, welche gerne leben, der ein abfälliges Urteil über den vorgelegenen Völkerbund zu äußern wagt, als einen Feind der Menschlichkeit hinstellen, während jene, die für die Verfassung eintreten, wie sie in Paris entworfen wurde, nur beweisen müssen, daß die Sache sich nur so, und nicht anders noch besser machen ließe.

Mit anderen Worten, wie die Dinge sich nun auch gestalten mögen: Der Lodge hat Kampanienmaterial. Welche Dienste es ihm leisten wird, hängt von nun an von seiner und seiner Mitarbeiter Geschicklichkeit ab. Daß die Republikaner alles aufbieten müssen, Plakate für ihre Plattform zu reklamieren, ist sicher. Die Wahl des Jahres 1916 hat ihnen bewiesen, daß sie mit den alten Programmpunkten keinen Staat mehr machen können. Es heißt also einen neuen „Nus“ finden; wie es scheint, glaubt man aus der Bekämpfung der vorliegenden Verfassung des Völkerbundes einen solchen machen zu können. Es wird darauf ankommen, so man das amerikanische Volk wird überzeugen können, daß jenes Abkommen in internationalen Punkten verfehlt und den Interessen unseres Landes gefährlich ist. Hauptächlich ist die öffentliche Meinung zu Gunsten des in Paris getroffenen Übereinkommens; die Presse war ja laut in ihrem Lob auf die Völkerbundesverfassung. Die vernünftigen Stimmen kommen fast ausschließlich aus dem Senat, dem ja auch verfassungsgemäß die Pflicht zusteht, Friedensverträge zu ratifizieren.

In diese öffentliche Meinung müssen sich nun jene wenden, die die aufgestellte Verfassung verwerfen, während Herr Wilson bestrebt sein muß, sie bei der hiesigen Ansicht zu halten, daß der Vertrag unannehmlich und seine Unterzeichnung im Interesse des Friedens erwünscht und notwendig

sei. Zu welcher Ansicht die öffentliche Meinung dann kommen wird, läßt sich schwer voraussagen. Gegen Lodge spricht, daß er der Vertreter des alten republikanischen Imperialismus ist, dessen Machtgebiete keine Grenzen kennen. Jedenfalls gehen wir einer Zeit entgegen, die im politischen Kampfe reich sein wird, und zum ersten Male seit längerer Zeit finden sich im Senat Männer, die auch die Fähigkeit besitzen, eine Redefechtschlacht zu führen und auch ein Interesse daran haben, das zu tun. Die Leute vom Schilde eines Dupont, Depey, Platt, Elkins hatten das nicht; sie mühten die Kunst verziehen, im Dunkeln zu nimmeln. Den vom Volke direkt erwählten Senatoren muß es dagegen daran gelegen sein, ihr Licht vor aller Welt leuchten zu lassen, denn dadurch empfehlen sie sich ihren Wählern. „Amerika.“

## Die Güter des früheren deutschen Herrscherhauses

Interessante Mitteilungen über die Entstehung und die Verhältnisse des Kronvermögens. — Die Einkünfte daraus, die der Monarch erhielt.

(Aus der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung.)

Die neue provisorische Regierung hat sämtliche zum preussischen Kronvermögens gehörigen Gegenstände mit Beschlag belegt und ihre Verwaltung — an Stelle des bisher hierfür zuständig gewesenen Staatsministeriums — dem preussischen Finanzministerium übertragen. Der Kronvermögensfonds ist eine Vermögensklasse, die dem Unterhalt des königlichen Hauses gewidmet ist. Zum Verbands seiner Entstehung ist auf die Zeit zurückzugehen, in der der gesamte Staat sich in keinem Oberhaupt verlor. Zu dieser Zeit war eine Scheidung zwischen dem Staatsvermögen und dem Privatvermögen des Herrschers noch gar nicht durchgeführt; insbesondere wurden die liegenden Güter einheitlich als Kammergüter, später als Domänen bezeichnet. Aus ihren Erträgen wurden sowohl die Kosten der Hofhaltung wie die der Landesverwaltung gedeckt. Bald reichten die Einkünfte nicht aus; es mußten Steuern erhoben werden und die zu ihrer Bewilligung berufenen Landstände beanspruchten nunmehr eine Kontrolle über die Verwendung aller staatlichen Einnahmen. Die Herrscher wollten ihrerseits wenigstens über einen Teil der ihnen bisher allein zufließenden Einnahmen die freie Verfügung behalten, und so kam es in allen Staaten, vielfach erst nach jahrhundertelangen Kämpfen, zu einer Teilung zwischen dem Staatsvermögen und dem Eigenvermögen (Schatzkammer) des Herrscherhauses.

In Preußen wurde diese Trennung schon durch einen Erlass Friedrich Wilhelms des Ersten vom 13. August 1713 vollzogen. Dieses „Edikt von der Inalienabilität der alten und neuen Domänen“ bestimmte die Unveräußerlichkeit aller schon erworbenen und noch zu erwerbenden Staatsgüter. Damit wurde die Eigenhaft der Domänen als Staatsgüter mittelbar anerkannt. Dies wurde auch durch das allgemeine Landrecht aufrechterhalten, das in Paragraph 11 das Eigentum an den Domänen dem Staat, ihre Einkünfte aber dem Oberhaupt zuwies. Die Substanz der Domänen stand hiernach dem Staat, die Nutzung dem Herrscher zu; dieser hatte andererseits die Kosten der Landesverwaltung zu decken. Nachdem in den Anfangsjahren nach 1806 der Grundzug der Unveräußerlichkeit der Domänen vielfach durchbrochen werden mußte, wurde eine endgültige Scheidung zwischen den für die Hofhaltung bestimmten und den für die Hofhaltung bestimmten Einnahmen durchgeführt durch die königliche Verordnung vom 17. Jan. 1820 „wegen der künftigen Behandlung des gesamten Staatsgütervermögens“. Danach wurden die gesamten Domänen für die aufgenommenen Staatsschulden zur Sicherheit bestellt. Für den Unterhalt der königlichen Familie, die Hofhaltung und die dazugehörigen Institute wurde jedoch ein Betrag von 2 1/2 Millionen Taler ausgenommen u. d. h. der Betrag auf die Einkünfte der Domänen und Forsten angewiesen. Diese Rente, die unter Berücksichtigung eines Goldagio einen Betrag von 7.719.296 Mark darstellte, ist das ursprüngliche Kronvermögen. Sie wurde in Art. 59 der Verfassungsurkunde aufrechterhalten und

weiter mehrfach erhöht. Durch eines dieser Erhebungsgeetze, das Gesetz vom 17. Juni 1910, erhielt die Kronkasse außerdem einen Zufluß für die Betriebskosten für die königlichen Theater im Betrage von 1 1/2 Mill. Mark. Zum Kronvermögens gehören auch verschiedene Schlösser und Güter.

Auf diese Kronkassendotation oder Jubiläumsgelder hatte der jeweilige preussische König ein durch die Verfassung und spätere Gesetze verbrieftes Recht. Aus ihr mußte er die Ausgaben für die übrigen Mitglieder der königlichen Familie zahlen. Durch die Veräußerung der neuen preussischen Regierung ist dem bisherigen König dieses Recht noch nicht gänzlich entzogen, sondern es ist nur eine Beschränkung angeordnet, ähnlich wie 1866 gegenüber dem damals bannoberischen Königsstamm geltend war (Kronvermögens). Dagegen ist nach der ausdrücklichen Bestimmung der neuen preussischen Regierung, „das nicht zum Kronvermögens gehörige, im Sondervermögen des Königs und der königlichen Familie stehende Vermögen nicht berührt“. Gemeint sind damit diejenigen Vermögensmassen, die dem König oder den einzelnen Mitgliedern der königlichen Familie als Privatvermögen zuzurechnen sind (wie z. B. das Gut Codrins bei Eising) sowie diejenigen Güter, die zwar der königlichen Familie als solcher gehören, die aber nicht zum Kronvermögens zu rechnen sind. Dazu gehören: das königliche Hausvermögen begründet im Testament Friedrich Wilhelms des Ersten von 1733; ferner der Kronforst, ein von Friedrich Wilhelm dem Dritten erworbenes Vermögen, das im Jahre 1840 fünf Millionen Taler betrug; endlich das königliche Prinzliche Familienvermögen, errichtet von Friedrich Wilhelm dem Dritten für den nachgeborenen Sohne des Stifters. Es umfaßt gewisse Geldkapitalien und die Herrschaften Braunsdorf in Brandenburg sowie Flatow und Krojanke in Westpreußen.

## Nachrichten aus dem Staate Missouri

Legislatur von Missouri. Jefferson City, 5. März. — Der Senat der Staatslegislatur nahm Freitag nach zweistündiger Debatte den von Senator Goodson eingebrachten Beschluß an, daß der Plan einer Liga der Nationen gutgeheißen werden solle. Trotzdem die Republikaner den Beschluß bitter bekämpften, stimmten nur vier derselben dagegen. Der einzige Demokrat, der sich diesen Dingen bei der Abstimmung anschloß, war Senator Casey von Kansas City. Dieser stellte den Antrag, daß der Senat in den Beschluß die Forderung aufnehmen, daß Kansas als freier und unabhängiger Staat anerkannt werde, doch entschied die Gouverneur Crozier, der Vorsitz der Sitzung, daß Casey's Antrag nicht am Platze sei, da jene Angelegenheit mit dem Beschluß nichts zu tun habe.

Die Finanzkomitee der beiden Häuser der Legislatur haben die Vorlagen, die bezwecken, das Vermögen von Wohltätigkeits-, Religions- und Erziehungsorganisationen von der Erbschaftsteuer ausgenommen sind, mit der Empfehlung zur Annahme eingebracht.

Das Unterhaus-Komitee für Wahlen hat einstimmig beschloffen, die Vorlage für Einführung des australischen Wahlsystems — Systems fünfzigjähriger Wahlen — einstimmig als auch Republikaner unterstützten die Vorlage, die von der „Citizens League“ von Kansas City ausgearbeitet wurde.

Das Haus-Komitee für Mittel

und Wege beschloß am Freitag, die Vorlage für eine Verringerung milder Getränke empfindend einzubringen. Hält jedoch die Amendierung hinzu, daß der Steuerfuß von 5 auf 3 Cents per Gallone herabgesetzt werden soll.

Die republikanische Mehrheit des Unterhauses hat die Abstimmung über das Kansas City Wahlrechtveränderungsgesetz in Wiedererwägung gezogen und die Vorlage zur Reifigkeit verwiesen.

Die Republikaner beider Häuser stellten 18 weitere Alters an, ungeachtet der Tatsache, daß über ein Drittel der früher schon angestellten Alters nicht weiter zu tun haben, als ihren Gehalt zu ziehen.

Repräsentant Carr von St. Charles unterbreitete eine Vorlage, nach welcher die Wiederkehr des Tages, an welchem sich Missouri als Staat am 12. Juni 1821 der Union anschloß, mit einer Ausstellung, welche am 12. Juni 1921 in St. Louis oder in der Nachbarschaft stattfinden soll, gefeiert werden soll. Die Vorlage verlangt die Ernennung eines Komitees von fünf Kommissaren und die Veranschlagung von \$3.000.000 Ausstellungskosten, für welche der Staat die Garantie übernehmen soll.

Im Unterhaus und Senat wurde am Freitag beschlossen, ein Komitee von je 5 Mitgliedern nach New York zu senden und die Mitglieder der 35. Division, welche sich zum größten Teil aus Leuten von St. Louis und Kansas City zusammensetzen, bei ihrer Rückkehr vom Kriegsschauplatz in Empfang zu nehmen. Nur zwei Repräsentanten, Norman von St. Louis und Weber von Abair County, sprachen sich gegen den Beschluß aus.

Gouverneur Gardner überbrachte am Dienstag beide Häuser der Legislatur mit einer Spezialbotschaft, in welcher er beiden Sterberichtlinien mitteilte, daß er alle angenommenen Vorlagen, die Summen verlangen, die über die Verwilligungen der beiden folgenden Jahre, resp. den voranschlag für dieselben hinausgehen, mit seinem Veto besetzen werde, falls man nicht Vorlagen annehme, welche dazu ansetzen seien, das sich mit den Überbewilligungen ergebende Defizit auszugleichen. Er wurde dazu durch den drohenden Verlust von \$2.500.000 Spirituosensteuer zwischen dem 1. Juli 1919 und dem 31. Dezember 1920 durch den voranschlaglichen Schluß der Wirtschaften gezwungen und verlangte von der Legislatur eine Verdoppelung der Einkommensteuer, die Verringerung eines Gesetzes für eine Hypothekeneintragsgebühren und die Verringerung anderer Vorlagen, welche das sich ergebende Defizit ausgleichen sollen. Weiterhin verlangt er, daß sich die Legislatur darüber aussprechen soll, in welcher Weise die zur Verfügung stehenden Gelder verausgabt werden und sich zu vergebemühen, daß ihm keine andere Wahl übrig bleibe, als über das Maß der Einnahmen hinausgehende Bewilligungen zu verweigern.

## Zeitungsbericht aus Russland

Seit einiger Zeit erscheint in Petersburg in deutscher Sprache die „Kommune des Nordens“, eine Sozialzeitung, von der jetzt einige Dezember-Nummern in Amerika eingetroffen sind. Derselben sind die nachfolgenden Berichte entnommen, aus denen die Leser dieser Zeitung ersehen, wie die Unzufriedenheit in Russland veranlassen.

Eine neue Generalstabs-Akademie eröffnet.

Moskau, 9. Dez. (Russ. Ze. Ag.) Genosse Dzwetkowskij, der Oberstkommandierende der militärischen Erziehungs-Anstalten, erklärte im Laufe einer Unterhaltung mit einem Repräsentanten der Russ-Telegraphen-Agentur, daß bisher die Organisation der Roter Armee ausschließlich von Genossen befohlen wurde, die nicht immer mit militärischen Angelegenheiten vertraut waren. In diesen Zustand zu verbessern, wurden einige militärische Spezialisten engagiert. Eine zweijährige Verwaltung wurde geschaffen. Die Akademie des Generalstabs wurde mit der Absicht eröffnet, Leute zu erziehen, die dem Kommunismus gegenüber unbeeinträchtigt loyal sein, oder außerdem eine vollkommenen Kenntnis militärischer Angelegenheiten besitzen würden. Die Akademie wird von Genossen geleitet werden, die in Form intellektueller Führerschaft den Besten militärischer Gaben bewiesen haben. Sie hat eine große Aufgabe auf dem Gebiete der Reorganisation der Strategie und der Taktik des Krieges vor sich. Die besten militärischen Spezialisten werden dazu eingeladen werden, der Akademie als Lehrer beizutreten.

„Kommune des Nordens“

11. Dezember.

Abonniert auf die Tägliche Tribune.

# THE Tribune's English Section

(Devoted to the interpretation and furtherance of real Americanism and true democracy; supplementing and re-enforcing our general editorial policy of expounding and defending the ideals and institutions of the American people; printed in English for the benefit of all classes; and designed to spread a knowledge of the English language among our foreign-born citizens.)

## FRANCE AN EXAMPLE TO AMERICA.

Statesmen Learn Only in the Hard School of Experience — Watch the Berne Socialist Convention.

FROM THE WISCONSIN NEWS.

How does this impress you in the way of French socialism, paternalism and anarchy all rolled into one? The authorities in Paris, under Clemenceau's orders, will sell food directly to the people at the lowest possible prices, fixed not by profiteers, but by government. And Clemenceau gives orders to begin at once tearing down the old fortifications of Paris, useless now. This will give work to the unemployed.

As you read the news, rapidly, your mind works with the minds of millions of others. And this daily work of all the minds of a nation, concentrated on the same facts, is what slowly builds up national intelligence and better government. The newspaper is valuable in proportion to the accuracy and honesty with which it gathers, publishes and comments on the news.

Here the government has been selling horses and mules, 45,000 of them, far below cost and value, to get rid of them. Why not put them to work on drainage, irrigation, canal and road work? That would give work to the idle, keep farmers busy profitably and use government property today for the benefit of America in the future.

Suppose France owned our vast government lands, swamps needing drainage, deserts that irrigation would make fertile, can you imagine how Clemenceau and others, enlightened by revolution, would hasten to start draining and irrigating to provide work now, and good farm homes later, for their soldiers? We cannot expect in America all the intelligence shown by French statesmen have had their lesson. Ours have not had it.

Policemen searched newsboys selling souvenirs to soldiers at Camp Mills. They were horrified to find one boy, Louis Feshman, with sixteen hundred dollars in his pockets, others with more than two hundred dollars each. The boys had done nothing dishonest, unless it be to charge too big a profit on the souvenirs they were selling. They were ordered to sell nothing except newspapers. The soldiers must be protected.

What surprises those same policemen might find if they went through some pockets in the financial district, where souvenirs in the way of oil shares, copper shares and other prettily printed documents are sold! Why is it illegal for a newsboy to sell a ten-cent souvenir for twenty-five cents and quite legal for a broker to peddle absolutely worthless pieces of paper?

Our stone age ancestors fought the mammoth and hairy rhinoceros. Our fight is with things too small to be seen and infinitely more deadly. When that germ fight is over, fighting won't be ended. There will still be the fight against human selfishness, always wanting more than it can use and made happy only by the contrast of seeing others in want.

## DRS. MACH & MACH, THE DENTISTS

Die größten und am besten ausgestatteten zahnärztlichen Offices von Omaha. Mäßige Preise. Vorgefertigt gerade wie der Zahn. Instrumente werden nach Gebrauch stets sorgfältig sterilisiert.

Dritter Floor, Boyton Block, Omaha

## THE ROYAL HOTEL Excelsior Springs, Missouri

Genesee—Amerikanischer Plan. Das führende Erholungs-Hotel in Excelsior Springs.

150 Zimmer mit über 6000 Fuß Bodenfläche in jeder Richtung. — Elektrische Heizung. — Elektrisches Licht. — Dampfheizung, lauwarmes Wasser und kaltes Wasser.

Das Haus der Zuberkommenheit und Zufriedenheit. Mäßige Raten.

Die am besten ausgestatteten Winterquartiere von Excelsior Springs. Wie beschreiben uns, wie gut es zu sein. „Bürokommission“ in unterer Welt.

F. E. Grandall, Geschäftsführer. Geo. F. Morrow, Eigentümer.

Hold-Tight Hair Nets. 2 for 25c. White or Gray. CAP OR WINGS STAFF. HAIR NETS. ADOLPH KLAR. 212-214 AVENUE NEW YORK.

Abonniert auf die Tägliche Tribune. Besucht Euch bei Einkäufen auf die „Tägliche Omaha Tribune“.

Saat Corn. Wenn Sie Cornern haben, das eine frühe und reife Ernte liefert, so erhalten Sie unter anderem, das eine große Ernte liefert und große Reinerträge. Wie alle Corns, die einen hohen Reinertrag liefern, sind diese Corns auch mit viel Wasser zu gießen. Wie alle Corns, die einen hohen Reinertrag liefern, sind diese Corns auch mit viel Wasser zu gießen. Wie alle Corns, die einen hohen Reinertrag liefern, sind diese Corns auch mit viel Wasser zu gießen.